



Karin Evers-Meyer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Friesland-Wilhelmshaven

Evers-Meyer: Schwarz-gelbe Steuersenkungspolitik schadet dem Kinderbetreuungsausbau in der Region

Berlin/Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven, 8. Januar 2010 – Die hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Evers-Meyer befürchtet, dass die Steuersenkungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung die Kommunen mit milliardenschweren Einnahmeausfällen belastet und damit den Ausbau der Kinderbetreuung in der Region gefährdet. Maßnahmen wie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz setzten die Kommunen erheblich unter finanziellen Druck, so Evers-Meyer.

„Die Kommunen können oft gar nicht anders, als die finanziellen Folgen an die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben. Ich sehe die Gefahr, dass auch in Friesland, Wittmund und Wilhelmshaven höhere Gebühren und Abgaben auf die Bürgerinnen und Bürger und vor allem höhere Kita-Gebühren auf die Eltern zukommen“, sagte Evers-Meyer. „Es ist unverantwortlich, dass die milliardenschweren Steuergeschenke auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger und besonders der Familien abgeladen werden“, so die Abgeordnete. Evers-Meyer fürchtet, dass den Kommunen letztlich keine andere Möglichkeit bleibt, als den Ausbau der Kinderbetreuung zu stoppen.

Die SPD hat in ihrer Regierungszeit erreichen können, dass der Bund die Länder und die Kommunen mit vier Milliarden Euro bis 2013 für den Kinderbetreuungsausbau unterstützt. Mit diesem Geld werden auch in Friesland, Wittmund und Wilhelmshaven Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen. Die SPD hat auch durchgesetzt, dass sich der Bund dauerhaft an den Betriebskosten beteiligt: Ab 2014 stehen Ländern und Kommunen jährlich 770 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung. Außerdem werden Eltern mit ein- bis dreijährigen Kindern ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben.

Evers-Meyer setzt sich dafür ein, dass der Kinderbetreuungsausbau unverändert fortgeführt wird. Viele Eltern in der Region warteten auf mehr Krippenplätze. „Ich fordere die schwarz-gelbe Koalition daher auf, dringend die unsinnige Steuersenkungspolitik zu stoppen und sich für eine Stärkung der kommunalen Finanzen einzusetzen. Investitionen in frühkindliche Bildung sind nur machbar, wenn Städte und Gemeinden finanziell gut aufgestellt sind“, sagte Evers-Meyer.

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G